



Rechtsausschuss

42. Sitzung (öffentlich)

11. März 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Hartmut Ganzke (SPD) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Dringliche Frage des Abgeordneten Jens Kamieth (CDU) (siehe Anlage) 6

Wie viele der Imame und Hodschas, die derzeit ehrenamtliche Seelsorger in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten sind, wurden tatsächlich vom Verfassungsschutz überprüft?

- Minister Thomas Kutschaty (JM) beantwortet die Frage. Zusatzfragen des Fragestellers und weiterer Ausschussmitglieder werden beantwortet. 6

Dringliche Frage des Abgeordneten Dirk Wedel (FDP) (siehe Anlage) 15

Wie erfolgt in den jeweiligen betroffenen Justizvollzugsanstalten konkret die Trennung der des „Islamismus“ verdächtigen Strafgefangenen?

- Minister Thomas Kutschaty (JM) beantwortet die Frage. Zusatzfragen des Fragestellers und weiterer Ausschussmitglieder werden beantwortet. 15

1 Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in Nordrhein-Westfalen (Abschiebungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzuG NRW) 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Der **Ausschuss lehnt** den **Vorschlag der Piratenfraktion**, sich pflichtig an der Anhörung zu beteiligen, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **ab**.

Der **Ausschuss** wird sich **nachrichtlich an der Anhörung beteiligen**.

2 Cannabis legalisieren – Drogenpolitik neu ausrichten 20

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5478

APr 16/767

APr 16/818

Der **Rechtsausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/5478** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **ab**.

3 Berichte an den Landtag über die Evaluierung von Gesetzen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter 38

Maßregelvollzugsgesetz, Vorschaltverfahrensgesetz, Gesetz über die Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)

Berichte der Landesregierung
Vorlage 16/2568
Vorlage 16/2622

– Der Ausschuss diskutiert mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung über verschiedene Fragestellungen.

38

- 4 Evaluierung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AG InsO) 42**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2652
- Aussprache. 42
- 5 Sachstand in Bezug auf weitere Häuser des Jugendrechts in NRW (TOP beantragt von der FDP; siehe Anlage) 44**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2746
- Diskussion. 44
- 6 Strafvollzug in freien Formen – Evaluierungsergebnisse und Pläne Neuausschreibung (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 46**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2754
- Diskussion. 46
- 7 Vierter Bericht der Expertengruppe Opferschutz – Sachstand konkreter Projekte zur Verbesserung des Opferschutzes in NRW (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 48**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2747
- Diskussion. 48

- 8 Juristenausbildung: Inwieweit sieht die Landesregierung Optimierungs- bzw. Reformbedarf hinsichtlich der NRW-Regelungen zur ersten juristischen Staatsprüfung?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **50**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2748
- Aussprache. **50**
- 9 Verschiedenes **53****
- Siehe Diskussionsteil. **53**

* * *

1 Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in Nordrhein-Westfalen (Abschiebungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzuG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke merkt an, es gehe um den Verfahrensbeschluss. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs habe am 17. Dezember 2014 stattgefunden. Die Federführung liege beim Innenausschuss. Der Rechtsausschuss sei zur Mitberatung aufgerufen.

Der Innenausschuss werde am 26. März 2015 eine Sachverständigenanhörung durchführen. Nun müsse der Rechtsausschuss die Beteiligungsform festlegen. Es bestehe die Möglichkeit der nachrichtlichen und pflichtigen Teilnahme. Er frage, in welcher Form sich der Ausschuss beteiligen sollte.

Dietmar Schulz (PIRATEN) erklärt, ihm sei zu Ohren gekommen, dass die Anhörung an sich nicht so gerne gesehen werde. Das störe ihn vonseiten der Piratenfraktion herzlich wenig, da man wisse, dass dieses Abschiebungshaftvollzugsgesetz ein kooperatives Element habe, das im Zusammenwirken zwischen Justizministerium und Innenministerium zustande gekommen sei. Seine Fraktion spreche sich für eine pflichtige Teilnahme des Rechtsausschusses an der Anhörung zu diesem thematisch sehr wichtigen Gesetz aus.

Stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke erklärt, dann müsse der Ausschuss darüber abstimmen, ob er sich pflichtig oder nachrichtlich beteiligen wolle.

Der **Ausschuss lehnt den Vorschlag der Piratenfraktion**, sich pflichtig an der Anhörung zu beteiligen, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **ab**.

Der **Ausschuss** wird sich **nachrichtlich an der Anhörung beteiligen**.

